

Beitritts-/ Beteiligungserklärung*)

(§§ 15, 15a und 15b i.V.m. § 30 Abs. 2 GenG, § 7a Abs.2)

Mit

- 1 Beitrittsanteil
- Pflichtanteilen
- weiteren Anteilen in Form von freiwilligen Geschäftsanteilen

Mitgliedsnummer :

(Mitgliederliste)

Name, Vorname: **Geb.-Datum:**

Anschrift:

erklärt hiermit

1. ihren/seinen Beitritt mit **1 Beitrittsanteil*)**

2. die Beteiligung mit

..... **Pflichtanteilen*)**

..... **weiteren Anteilen in Form von freiwilligen Geschäftsanteilen*)**

3. Höhe des Eintrittsgeldes: 50,00 €

zu der

Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden eG
Kesselsdorfer Straße 161, 01169 Dresden

Sie/Er verpflichtet sich, die nach Gesetz und Satzung der Genossenschaft geschuldeten Einzahlungen auf den/die..... Geschäftsanteil(e)*) zu leisten.

Sie/Er bestätigt, die zzt. gültige Satzung der Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden eG vor Abgabe der Beitrittserklärung erhalten zu haben.

Dresden,

.....
Unterschrift des Beitretenden/des Mitgliedes/ des gesetzlichen Vertreters*)

.....
Bei Minderjährigen: Unterschrift des gesetzlichen Vertreters

*) Nichtzutreffendes streichen

I. Einwilligung gemäß Art. 6 EU-DSGVO

Hiermit erkläre ich ausdrücklich meine Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1a EU-DSGVO in die Verarbeitung und Weitergabe

- von personenbezogenen Daten i.S.v. Art. 4 Nr. 1 EU-DSGVO zum Zwecke der Anbahnung, Abwicklung, Betreuung, Verwaltung und Beendigung eines Mitgliedsvertrages, sowie zur Wahrung und Durchsetzung von Ansprüchen auch nach Beendigung des Mitgliedsvertrages,

durch die Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden eG

II. Informationen gemäß Art. 12; 13 EU-DSGVO zur Beitrittserklärung und zum Mitgliedschaftsvertrag

Die Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden eG (im weiteren Text EWG Dresden eG) nimmt den Schutz personenbezogener Daten sehr ernst.

Diese Datenschutzerklärung dient Ihrer Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in Bezug auf die Beitrittserklärung und einen sich daraus ergebenden Mitgliedschaftsvertrag.

1. Verantwortliche Stelle

Bei der Verarbeitung personenbezogener Daten gibt es in jedem Fall eine verantwortliche Stelle. Die verantwortliche Stelle ist die natürliche oder juristische Person, die allein oder mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet.

Die verantwortliche Stelle für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in Bezug auf die Vorbereitung und Durchführung eines Mitgliedsvertrages in der EWG Dresden eG ist die

Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden eG
Kesselsdorfer Straße 161
01169 Dresden
Telefon: 0351 4181 60
Telefax: 0351 4181 785
E-Mail: info@ewg-dresden.de

Aktuelle rechtliche Angaben zur EWG Dresden eG finden Sie unter www.ewg-dresden.de im Punkt Impressum.

2. Datenschutzbeauftragter

Wir haben einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten bestellt.
Er ist unter der oben genannten Adresse, z. Hd. Des Datenschutzbeauftragten, oder unter E-Mail: datenschutz@ewg-dresden.de zu erreichen.

3. Zweckbestimmung der Datenerhebung, Datenverarbeitung oder Datennutzung

Die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes n.F. (BDSGneu). Die Erhebung, Verarbeitung und Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nur für die hier ausdrücklich genannten Zwecke.

Soweit uns eine Einwilligung zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte, vorher genannte Zwecke erteilt wurde, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis der Einwilligung

gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf verarbeiteten Daten.

Zur Beachtung: Eine Mitgliedschaft besteht unabhängig von eventuellen Verträgen zur Nutzung von Wohnungen oder anderen vermietbaren Einheiten. Sie kann laut Satzung Voraussetzung für solche Verträge sein. Wegen dieser Trennung wird diese gesonderte Datenschutzerklärung übergeben.

Im Rahmen der Beitrittserklärung verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten zur Durchführung von vorvertraglichen Maßnahmen und/oder zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten gemäß Art. 6 Abs. 1 b DSGVO:

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt zur Anbahnung und/oder dem Abschluss eines Mitgliedschaftsvertrages mit unserer Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden eG.

Die von Ihnen mit der Beitrittserklärung übergebenen personenbezogenen Daten dienen der Begründung einer Mitgliedschaft in der EWG Dresden eG. Voraussetzung dafür ist die Zustimmung des Vorstandes der EWG Dresden eG. Nach einer solchen Zustimmung kommt zwischen Ihnen und der EWG Dresden eG ein Mitgliedsvertrag zu Stande.

Beim Zustandekommen eines Mitgliedsvertrages werden die dafür notwendigen Daten weitgehend automatisiert verarbeitet. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten

a) zur Durchführung von vorvertraglichen Maßnahmen und/oder zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten gemäß Art. 6 Abs. 1 b DSGVO.

Dabei werden die für den Abschluss des Vertrages notwendigen Daten verarbeitet, wie Daten zur Identifikation Ihrer Person, zur Kommunikation, zum Beginn des Vertrages und zur Zeichnung des Pflichtanteils. Im Lauf der Durchführung werden weitere Daten erhoben, die mit von Ihnen initiierten Geschäftsvorfällen in Verbindung stehen, wie die Zeichnung weiterer Anteile, die Kündigung oder Übertragung von Anteilen oder der Mitgliedschaft. In Verbindung mit damit im Zusammenhang stehenden Zahlungsvorgängen werden weitere Daten verarbeitet, im Regelfall auch Daten zu Ihrer Bankverbindung. Auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen werden diese Geschäftsvorfälle zum Zweck der Buchhaltung verarbeitet. Unabhängig von Geschäftsvorfällen können auf Grund gesetzlicher Bestimmungen weitere Buchungen im Rahmen der Erstellung von Jahresabschlüssen erfolgen.

b) Im Rahmen der Interessenabwägung gemäß Art. 6 Abs. 1 f DSGVO:

Soweit erforderlich, verarbeiten wir personenbezogene Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages oder der vorvertraglichen Maßnahmen hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder von Dritten.

Dazu gehören:

- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs unserer Genossenschaft

Gemäß Art. 21 Abs. 4 i. V. m. Abs. 1 und 2 DSGVO können Sie jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten einlegen.

4. Bestehende Datenschutzrechte betroffener Personen

Jede betroffene Person hat die folgenden Datenschutzrechte nach der DSGVO und dem BDSG-neu:

- Recht auf Auskunft nach Art. 15 DSGVO

Das Recht besteht gegenüber dem Verantwortlichen und beinhaltet besonders die Information, ob sie betreffende Informationen personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese Daten, die Verarbeitungszwecke; die Kategorien personenbezogener Daten, die verarbeitet werden; die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, insbesondere bei Empfängern in Drittländern oder bei internationalen Organisationen; falls möglich die geplante Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden, oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien

für die Festlegung dieser Dauer; das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der sie betreffenden personenbezogenen Daten oder auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung; das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde; wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten; sowie ausführliche Informationen über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling.

- Recht zur Berichtigung unrichtiger Daten nach Art. 16 DSGVO

Dieses Recht ermöglicht der betroffenen Person die unverzügliche Berichtigung sie betreffender unrichtiger Daten sowie die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen.

- Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO

Die betroffene Person hat das Recht von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden. Diesem Verlangen muss nachgekommen werden, wenn die dafür vorgesehenen gesetzlichen Gründe vorliegen. Die wichtigsten Gründe sind das Fehlen der Notwendigkeit einer weiteren Verarbeitung; das Fehlen einer Einwilligung der betroffenen Person in Verbindung mit fehlenden anderen Rechtsgrundlagen für eine Verarbeitung; ein rechtlich begründeter Widerspruch oder eine unrechtmäßige Verarbeitung der personenbezogenen Daten.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO

Danach kann die betroffene Person von dem Verantwortlichen unter bestimmten Voraussetzungen die Einschränkung verlangen. Das betrifft Fälle von Widerspruch gegen die Verarbeitung; das Bestreiten der Richtigkeit; sowie das Ablehnen der Löschung von personenbezogenen Daten in bestimmten Fällen, in denen sie eigentlich gelöscht werden müssten.

- Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO

Dieses Recht soll der betroffenen Person die Möglichkeit geben, die sie betreffenden Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, insbesondere um sie einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln.

- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO

Damit kann die betroffene Person jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die nur aufgrund von bestimmten rechtlichen Bestimmungen erfolgt, Widerspruch einzulegen. Besondere Rechte bestehen hier bei Direktwerbung.

- Beschwerderecht bei einer zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde nach Art. 77 DSGVO i.V. m. § 19 BDSG-neu

Das Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde hat jede betroffene Person, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt. Über die zuständige Aufsichtsbehörde werden Sie unter Punkt 10 informiert.

5. Datenübermittlung an Dritte

Im Rahmen der Abwicklung, Betreuung, Verwaltung und Beendigung eines Mitgliedsvertrages sowie Wahrung und Durchsetzung von Ansprüchen auch nach Beendigung des Mitgliedsvertrages ist die Übermittlung von personenbezogenen Daten an folgende Kategorien von Empfängern vorgesehen bzw. möglich:

- Kreditinstitute
- zuständige Finanzämter
- IT-Unternehmen (hier bestehen dazu gesonderte vertragliche Regelungen)
- Wirtschaftsprüfungsunternehmen (hier bestehen dazu gesonderte vertragliche Regelungen)
- Rechtsanwälte
- Strafverfolgungsbehörden
- Gerichte
- andere Behörden, wenn die dazu notwendigen gesetzlichen Grundlagen vorhanden sind.

Wenn Sie die mögliche Auszahlung der Wohnungsbauprämie beantragen, werden bei uns verarbeitete personenbezogene Daten, nach gesonderter Zustimmung durch Sie, an das für Sie zuständige Finanzamt übergeben.

6. Dauer der Speicherung

Nach Entfallen des jeweiligen Verarbeitungs- und Nutzungszweckes gelten einschlägige gesetzliche Aufbewahrungsfristen. Nach deren Ablauf werden Ihre personenbezogenen Daten gelöscht bzw. Datenträger mit diesen vernichtet.

Wenn keine Mitgliedschaft zu Stande kommt, wird die Beitrittserklärung spätestens nach Ablauf von 12 Monaten vernichtet. Eventuell im Rahmen der Vorbereitung einer Mitgliedschaft gespeicherte personenbezogene Daten werden ebenfalls spätestens nach dieser Frist gelöscht.

Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der gesetzlichen Verjährungsvorschriften:

Bei Notwendigkeit der Erhaltung von Beweismitteln etwa im Rahmen gerichtlicher Verfahren wird auf folgende Speicherungsfristen hingewiesen: Die Verjährungsfristen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) können bei Vorhandensein eines gerichtlichen Titels bis zu 30 Jahre betragen (§§195 ff. BGB). Sofern kein gerichtlicher Titel gegen die betroffene Person erwirkt wurde, greift die regelmäßige Verjährungsfrist von drei Jahren.

7. Datenübermittlung in Drittstaaten

Derzeit findet im Rahmen der Anbahnung und der Durchführung von Mitgliedsverträgen keine Datenübermittlung in Drittstaaten statt. Dies ist auch nicht geplant.

8. Freiwilligkeit und Bereitstellungspflicht personenbezogener Daten

Im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung müssen diejenigen personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die Anbahnung und der Durchführung eines Mitgliedsvertrages und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten sind wir nicht in der Lage, einen solchen Vertrag zu schließen oder diesen durchzuführen. Sofern eine Angabe freiwillig erfolgen kann, haben wir diese Angabe im jeweiligen Erhebungs-Formular gekennzeichnet.

9. Automatisierte Entscheidungsfindungen, Durchführung eines Profilings

Zur Begründung und Durchführung eines Mitgliedsvertrages nutzen wir grundsätzlich keine ausschließlich automatisierte Entscheidungsfindung im Sinne des Art. 22 DSGVO.

10. Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde

Im Falle datenschutzrechtlicher Verstöße haben Betroffene ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde. Zuständige Aufsichtsbehörde in datenschutzrechtlichen Fragen ist der Landesdatenschutzbeauftragte des Freistaates Sachsen.

Die Kontaktdaten lauten:

Sächsischer Datenschutzbeauftragter
Kontor am Landtag
Devrientstraße 1
01067 Dresden
E-Mail: saechsdsb@slt.sachsen.de

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich dieses Dokument vollständig und richtig verstanden habe, meine Einwilligung zur Erhebung der personenbezogenen Daten ausdrücklich und freiwillig abgebe und über meine Rechte aufgeklärt wurde.

Ort/ Datum

Unterschrift Mitgliedsbewerber/Mitglied